

unser Unterleibsoote, die Verhältnisse bei den Feinden: das unaufhörliche Steigen ihrer Kriegskosten, die Schwere der Geldbeschaffung und der Ernährung — England ist jetzt schon wie Frankreich die Unternehmung des uns angebotenen Hungerkrieges. Die verheerenden Untertanen in den mit eigenen Klammern festgehaltenen Gebieten, die in Frankreich für den industriell wichtigsten, steuerlich leistungsfähigsten Staat sind, all das gibt uns die Überdacht auf den endgültigen Sieg. Danken wir unseren Kämpfern, indem wir ihnen die Mittel zur Vertheidigung ihres Siegeslaufes gern und freudig in die Hand geben. Es geschieht zu unserem eigenen Besten!

Wie wird Amerika Sien gegen Deutschland führen?

Die New-Yorker „New Republic“ schreibt: Die einzige richtige Haltung für die Vereinigten Staaten ist die, sich auf den Kriegsausbruch gefaßt zu machen und Deutschland zu ungewöhnlich wie möglich darüber aufzuklären, daß es ein wirklicher Krieg sein wird, den wir als offene Verbündete Englands und Frankreichs führen werden. Unsere eigene Critique, die Sicherheit und Ordnung der Welt erfordert die Wiederholung jener Maxime, die von den Deutschen fälschlich als „Friede der Meere“ bezeichnet wird. Die von England ausstrahlende Herrschaft über die Seeverbindungen ist zwar keineswegs etwas Vollkommenes, aber die Alternative zwischen dem Bestehen und dem endlichen Standpunkt löst uns keine andere Wahl. Was Geld und Munition betrifft, müssen wir uns ganz auf die Seite des Verbündeten stellen und im Geiste eines verbündeten Landes handeln. Aber wenn wir eine Armee nach Frankreich schicken, sieht es so aus, als würden wir in den territorialen Veränderungen innerhalb Europas ein Wort mitzusprechen. Es ist ungewiss, ob man das in Europa wünscht und ob es in unserem eigenen Interesse liegen würde. Sollte der Verbündete den Wunsch aussprechen, daß wir eine Armee aufstellen, so können wir diesem Verlangen nur dann entsprechen, wenn die Friedensbedingungen der Verbündeten nicht nur so eingehend niedergelegt sind, daß wir von der Gerechtigkeit der künftigen Neuordnung durchdrungen sein können. Unter diesen Umständen müssen wir ein starkes nationales Heer auf unserem eigenen Boden ausbilden. Die Umstände sprechen zwar durchaus gegen die Wahrscheinlichkeit, daß keine Verwendung in Europa erfolgen wird, aber wir brauchen es als Reserve und als Vorfußmaßregel. Zur Unterstützung dieser Armee könnte die Weigerung einige der jetzt in Europa kämpfenden 30 000 Amerikaner zurückzuführen.

Am 23. März, „Telegraph“ meldet aus London, daß das amerikanische Kriegsdepartement 74 500 Mann für die Fronte ausheben will.

Acht Amerikaner an dem Dampfer „Seaboard“

New-York 23. März. (Reutermeldung.) 8 Offiziere und Mannschaften des Dampfers „Seaboard“ waren an amerikanische Häfen.

Amsterd., 23. März. Unter den in Amundsen geleiteten Schiffbrüchigen des amerikanischen Dampfers „Seaboard“ befindet sich der Kapitän. Die Besatzung erzählt, daß der Dampfer sicherheitsvoller die nördliche Route genommen hätte. Nach der Abreise von Bergen erkrankte sich nicht nur ein Mitglied, das Mittwochs abends um vier und 1/2 Uhr 15 Min. ein U-Boot, ohne auch an die Oberfläche zu kommen den Dampfer zweimal torpedierte. Die Torpedos trafen mittschiffs, so daß er infolge seiner gefährlichen Ladung und seiner Erschöpfung des Wasserraums sofort in Brand geriet. Der Dampfer gehörte der Standard Oil Company.

Eine allamerikanische Zusammenkunft

New-York, 16. März. (Kunstsprache von Vertretern des R. E. B. Berpato eingetroffen.) „Associated Press“ meldet aus Washington: Fünf Regierungen des lateinischen Amerika haben im Prinzip eine formelle Forderung Ecuador angenommen, daß Abordnung der Republik Nord-, Süd- und Mittelamerikas sofort zusammenkommen sollen, um die künftigen Maßnahmen zu erörtern und eine Meinungsäußerung des Kontinents herbeizuführen, hauptsächlich um die Rechte der Neutralen zu verbriefen und wenn möglich die Karten des Krieges zu verringern. Ecuador erwartet, daß die Annahme des Vorschlages von den übrigen Staaten bald erfolgen werde.

Die Anerkennung der neuen russischen Regierung durch Amerika

Washington, 23. März. Das Staatsdepartement macht die formelle, volle Anerkennung der neuen russischen Regierung durch die Vereinigten Staaten bekannt.

Das Leben in Petersburg

Amsterd., 23. März. Nach dem „Telegraph“ meldet der Korrespondent der „Times“ aus Petersburg von Mittwoch, daß die Fabriken wieder zu arbeiten beginnen. Den Utilis-Werken ist es gelungen, sich Kohlen zu verschaffen. Man hat aber wegen eines Vorlages zur sofortigen Einführung des Kohlenbrennens noch Schwierigkeiten mit den Arbeitern, besonders mit den Frauen. — Der Traubenerwerb ist fast normal. Der Plan die Dofur der Revolution auf den Weg von dem Winterpalast zu deponieren, wurde abgelehnt. Die Theater werden nach der Befreiung der Gefangenen wieder eröffnet werden.

Nach Berichten aus den größeren Vorstädten hat die Polizei Patrouillen und Gewehre verteilt lassen, die ursprünglich für die Armee bestimmt waren, um einen Aufstand zu unterdrücken. In Wiatka wurden mehr als 1000 Gewehre gefunden. In Sordatow wurden größere Mengen von Waffen in den Kellern der Polizeistelle entdeckt. Bei einer Parade der Truppen in Kiew führten die Regimenter Schreien mit sich, die Aufschreien, wie „Gott die Freiheit“, „Miles für den Krieg“. „Es lebe die demokratische Republik“, „Durch Krieg zum Sieg“, trugen. Eine rote Fahne wurde ebenfalls mitgeführt, die das alte Römische Reich aus der Zeit der bolschewistischen Revolution 1868 zeigte.

Die Erhöhung der Kartoffeln- und Fleisch-zuteilung und Verabreichung der Brotzeit

Berlin, 23. März. Amlich. Wie bereits in der Presse bekanntgegeben wurde, muß mit Rücksicht auf das Ergebnis der am 15. Februar ausgeführten Getreidekontrollen aufnahmehaft, das erheblich niedriger als erwartet, ausfallen ist, bis die Deckung einer angestrebten Nachlieferung ermöglicht werden, zur Einschränkung des Verbrauchs von Getreide und Fleisch geteilt werden. Demgemäß hat das Kuratorium der Reichsgetreidekasse in der Sitzung am 23. März mit Zustimmung des Reichsausschusses mit Wirkung vom 15. April 1917 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Erhöhung der täglichen Rationierung von 200 Gramm auf 170 Gramm.

2. Verabreichung der von Selbstverlegern zu verkaufenden Getreidemenge von 9 Kilogramm auf 6 1/2 Kilogramm monatlich.

3. Erhöhung der den Kommunalverwaltungen für Schone- und Schornsteinfegerarbeiten zugewiesenen Beihilfe um 25 Proz.

4. Erhöhung der jugendlichen Zulage.

Es ist Vorsorge getroffen, daß, wenn diese Einschränkungen Platz greifen, die Kartoffelzufuhr wieder völlig den Verhältnissen entsprechend geregelt ist, nach denen auf den Kopf und 1/2 Pfund und für die der Reichsgetreidekasse zugelegte Zulage von Schornsteinfegern weitere 1/2 Pfund den Verbrauchern zur Verfügung überwiegen werden. Soweit wider Erwarten in Einzelfällen sich gleichwohl noch Störungen zeigen sollten, werden zum Beschluß der Reichsgetreidekasse in diesem besonderen Beschlußungen stattfinden. Im übrigen wird wiederholt darauf hingewiesen, daß, wenn die Verringerung der Brotzuteilung in Kraft tritt, 1/2 Pfund Fleisch pro Kopf und Woche mehr gewährt wird, und zwar infolge des zu erwartenden Aufwandes zu einem Preise, der auch die in milderem Maße die Bevölkerung der erdübigen Fleischzuteilung teilweise werden kann.

Am Reichsausschuss für Ernährungsfragen erklärte der Präsident des Kriegsernährungsamtes: Die Kartoffel- und Getreidezufuhr würde im Vergleich zu der letzten Ernte ein günstiges Ergebnis gehabt. Die Verluste durch Frostschädigung usw. würden wahrscheinlich nicht groß sein. Die Lieferung von 5 Pfund pro Kopf und Woche und 5 Pfund Zulage für Schornsteinfeger werden eingehalten werden, und zwar bis zur nächsten Ernte, so daß die Möglichkeit besteht, daß die Bevölkerung in diesem Frühjahr und ferner mehr Kartoffeln erhalten als im Vorjahr. Zur Verbilligung der Sonderfleischration von 250 Gramm für die Winterbevölkerung sollte das Reich auch das Winterfleisch den Gemeinden pro Kopf der Bevölkerung ohne Unterschied von 70 Pfennig, außerdem werde von Weierungsmaßnahmen ein weiterer Betrag für besondere Bedürfnisse zur Verfügung gestellt.

Am Reichsausschuss für Ernährungsfragen erklärte der Präsident die Aufzählung, daß die Erhöhung der Brotzeit am 15. April nur dort in Kraft tritt, wo sowohl die Kartoffel- als auch die Fleischzuteilung funktionieren.

Kartoffelverarbeitungen auf Braunkohl

Berlin, 23. März. Durch Verordnung des Reichsausschusses wird bestimmt, daß Kartoffeln im Betriebsjahr 1916/17 auf Braunkohl nur verarbeitet werden dürfen, soweit sie sich zur menschlichen Ernährung eignen und nicht in einer in unmittelbarer Nähe befindlichen Trockenanlage oder Stärkefabrik verarbeitet werden können.

Englische Sorge um Rußland

Im englischen Unterhaus fuhr Lord Lo in seiner Rede fort: Es möge mir erlaubt sein, ein Gefühl der Teilnahme für den Jaren anzudeuten, der 3. März, welcher letzter Geburtstag gewesen ist. Ich kann nicht außer acht lassen, daß eine der großen Fragen dieses Krieges die war, ob freie Einrichtungen gegen den Anfall eines militärischen Respotismus sich würden bekämpfen können oder nicht. — Man ist unterlieh die Entschädigung und führte aus: Die weltweiten Ereignisse, die gegenwärtig sich in Rußland vollziehen, sind von der Art, daß sie eine besonders unvergleichliche Anerkennung des Ganges verdienen und erfordern. Die Form der neuen russischen Regierung soll dem freien Urteil eines befreiten Volkes unterworfen werden. Was immer eine solche Entscheidung sein möge, so hat Rußland schon durch die Tatkunde seinen Platz an der Seite der großen Demokratien der Welt eingenommen. Wie hier in der ersten und unermesslichen Selbstaufopferung der russischen Bevölkerung und der Bolschewiken empfinden es nicht nur als Pflicht, sondern haben sogar einen besonderen Anstoß, die Errungnisse der neuen russischen Regierung, die die Befreiung Rußlands freuen und es in der Gemeinschaft der freien Völker bewillkommen. In der Zukunft und bis der Menschheit kommt, wo das große russische Volk eine ausgeprägte Verfassung haben wird, beobachten wir mit Sorge und Teilnahme die Bemühungen und Anstrengungen seiner provisorischen Regierung. Wir haben die Überzeugung, daß die ausgezeichneten Männer, die die neue Regierung bilden, diejenige Geduld und Vorsicht beibringen werden, welche eine derartige Lage erfordert, und daß weder sie noch das russische Volk um ein Jota von ihrem Entschluß abzuweichen werden, den Krieg zu einem solchen Ende zu bringen, wie es allen Völkern menschlicher Verbundenheit entspricht. Mit Vergnügen lesen wir heute die Erklärung der neuen russischen Regierung, daß sie unerschütterlich das Bündnis beibehalten werde, welches sie mit den anderen Mächten verbindet. Jeder Streich, der von den Verbündeten in diesem Kriege wirksam geführt wurde, sieht gegen den Plan unserer Feinde, die nationale Autokratie durchzusetzen und wurde gleichzeitig geführt für die Freiheit der großen und kleinen Völker.

Wer laßt da? England schämt die neunundzwanzigste Karte, früher der Schrecken der Vermanung seiner Schiffe, jetzt über große und kleine Völker — und das nennt britische Seuchel die Freiheit.

Fürchtet man für das französische Kapital in Rußland?

Am „Mirator“ heißt es: Die Empfänger verlieren nur zu leicht das Gedächtnis dafür, daß französische Kapitalien die Entwicklung Rußlands außerordentlich gefördert haben. Unter Freunden kann man in offen darüber reden. Man fristet sich bei uns, ob man sich nicht geirrt hat und ob unsere Interessen in Petersburg mit der Gerechtigkeit behandelt werden, auf die wir Anspruch haben. Die Herren in Rußland mögen sich setzen lassen, daß, wenn sie jetzt auf russisches Geld im Überflusse haben, sie Pandhäuser auf fremde Gelder in ihrem Maße annehmen werden, daß aber ihr jetzt nicht die russische Kapitalien, sondern die französischen ausländischen Publikum vor den Kopf stoßen wird.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 23. März 1917.

Am Bundesrat: Staatssekretär Dr. Helfferich, Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 16 Minuten.

Auf der Tagesordnung stand zunächst eine kurze Anfrage des Abg. Vitz (Noll) über die Beantragung von Verträgen mit Kriegsschiffen, welche hauptsächlich gegen den Feind, Ministerialdirektor Teubner erwiderte: Die Frage beschäftigt die zuständigen Stellen, doch sind die Erörterungen noch nicht abgeschlossen.

Es folgte die Beratung der Novelle zum Abfahrgesetz von Kallifalzen.

Die Vorlage ging an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Sodann wurde die Beratung des

Staats des Reichsausschusses des Innern bei den einmaligen Ausgaben (Anwaltspläne) fortgesetzt.

Es lagen eine Reihe von Anträgen vor, darunter die Forderung von 100 000 Mark für die Vorbereitung von Entwürfen zu einem Großschiffbauvertrag vom Abg. Vitz zur Donau über den Nieder und für die Schiffbau- und Maschinenbau-Abteilung des Reichsausschusses für die Ausführung eines Reichsausschusses für Wasserstraßen.

Eine Entschädigung auf Vermittlung von 700 000 Mark für die Ausarbeitung des Planes für einen Großschiffbauvertrag von Wachsenburg nach Kallifalzen war bereits gestern angenommen worden.

Abg. Dr. Mayer (Str.): Der Krieg hat die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Wasserstraßen zwischen Rhein und Donau nahegelegt. Diese Frage ist keine rein süddeutsche, sondern eine allgemein deutsche Sache und interessiert auch die übrigen Reichsteile. Wir bitten die Entschädigung auf Vermittlung von 100 000 Mark an.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Abg. Kruft (Soz.): Eine große Wasserstraßen-Entschädigung ist nicht notwendig. Ihre Vermittlung verbietet besser den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

